

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt

der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolles zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindevorstände des Bezirks.



Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.
Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Verkaufspreis: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Verkaufspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 80 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — Gemeindevorstandsgemeinschaft Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. No. 17) 25 oder deren Raum 25 Pfg., drückende Anzeigen 25 Pfg. Im Text teil (Zm. No. 17) 75 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 60 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Deutschland — kommunistisch.

Von Dr. Schiele, Raumburg.

Es gibt gedruckte Buchstaben, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Leider gibt es sogar sehr viel solches gedruckte Zeug; es ist Kulturbalast, aber immerhin unschädlich.

Es gibt Wirklichkeit, welche niemals oder doch sehr schwer in die Welt der gedruckten Buchstaben, z. B. in das Gehirn eines Journalisten oder Politikers eingeht. Ein Bauer oder Geschäftsmann sieht sie oder erkennt sie, weil er mit ihr lebt; aber er kann sie nicht schriftlich machen.

Drittens gibt es Ereignisse, worin die Wirklichkeit und der gedruckte Buchstabe zu einer Einheit verschmolzen sind, so daß der eine des andern Reich ist.

Ein solches Ereignis ist die Vorlegung eines Sozialisierungsgesetzes durch unsere jetzige sogenannte Reichsregierung. Dieses Gesetz bedeutet den deutschen Kommunismus und zugleich Not und Tod für unzählige deutsche Menschenleben. Eine harte, trübe, graue, elende Wirklichkeit ist in diesen wenigen Buchstaben eingeschlossen. Wir wollen es mal miteinander genau lesen.

§ 1. Jeder Deutsche hat seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit von ihm fordert.

Also das Gesamtwohl „fordert!“ Lieber Deutscher aus dem Bürgerstande und Gelehrtenstande und Kaufmannsstande, das bedeutet für dich die Zwangsarbeit. Es heißt weiter:

Das Reich gewährleistet jedem Deutschen die Möglichkeit, durch eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit sein Leben zu unterhalten.

„Das Reich gewährleistet!“ In Wahrheit wird das Deutsche Reich unter kommunistischer Herrschaft nicht mehr 67, sondern nur noch höchstens 40 Millionen Menschen ernähren können.

Soweit er Arbeitsgelegenheit nicht zu finden vermag, wird ihm nach Maßgabe eines besonderen Sozialgesetzes der notwendige Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt.

„Aus öffentlichen Mitteln!“ Wo sind öffentliche Mittel? Das Reich wird weder Steuern noch Zölle noch Kredit haben. Die öffentlichen Mittel sind der Rest von Privatvermögen, der bei den Besitzenden noch zu finden ist.

§ 2. Wirtschaftliche Unternehmungen und Werte, insbesondere Bodenschätze und Naturkräfte, in die deutsche Gemeinwirtschaft zu überführen, sowie die Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter für die deutsche Gemeinwirtschaft zugunsten des Reichs, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände zu regeln, ist Sache des Reichs.

„Deutsche Gemeinwirtschaft“, wie rührend das klingt! Jede sozial denkende Volksschullehrerin und mancher sozial gesinnte Pfarrer und Professor wird Tränen der Begeisterung darüber weinen. In Wahrheit ist es nichts anderes als was wir kennen, die berüchtigte Zwangswirtschaft, — das Kaufen, Handeln, Verteilen und Wuchern durch die Gemeinden, — der egoistische individualwirtschaftliche Kampf einer Gemeinde gegen die andere, — Not und Mangel für alle, — ruchlose Warenverderbnis und unsinnige Verkehrsvergeudung. Es ist mit einem Worte Kommunismus, d. h. die Auszehrung des deutschen Volkes durch das Deutsche Reich, die große deutsche Kriegsumwälzung, über die unsere Entel noch lachen und weinen werden.

Und was sagt Ihr dazu, Ihr bürgerliche Hälfte der regierenden Mehrheit in der Nationalversammlung? Haben Euch eure Wähler dorthin geschickt, um den Kommunismus zu verwirklichen? Aus abtornen Sentiments, aus längst-veralteten Kinderstubeerinnerungen, aus Junkerhaft und Kleinleutegedanken heraus habt Ihr Euch von Euren Haushältern und Raumbürgern und Größern und anderen tapferen Demokraten aus Schwaben, Sachsen und Galizien hineinverführen lassen in diese Sozialistenherrschaft und gebt ihr Würde, Ansehen und Vertrauen vor dem deutschen Volke, damit sie es um so besser scharren und schlachten können. Wohlwollige wohlwollige keine Leute, sagt Reichs- und deutschen Bürgertum — von Gott und der Natur und ihrem eigenen Verstand dazu bestimmt, erst gelächert und dann geschlachtet zu werden.

§ 3. Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beauftragt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

D wie herrlich! Eine riesige große Bürokratie, größer als wir sie bisher gesehen haben. Unzählige Bürokraten, gemillert und degenerierte Kaufleute, die sich an Klubfessel gewöhnt haben, werden beim Durchheilen dieser Zeilen sich schon einen bequemen, sicheren und nahrhaften Posten aussuchen. Was aber die Hauptsache ist, die ganze furchtbare stinkende Korruption, die von einer kommunistischen Riesenbürokratie untrennbar ist, wird weiterleben wie ein großer Fäulnisherd, in welchem noch alles, was es an deutscher Treue und Ehrlichkeit gab, sich in Gase verwandelt wird.

§ 4. In Ausübung der im § 2 vorgesehenen Befugnis wird ungesäumt durch besonderes Reichsgesetz die Ausnutzung in Brennstoffen, Wasserkraften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie (Energiewirtschaft) nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Zunächst tritt für das Teilgebiet der Kohlewirtschaft ein Gesetz über die Regelung der Kohlewirtschaft, gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

Das geht Euch Bauern an! Kohle, Kalk, Stickstoff und Elektrizität ist das, was Ihr braucht. Und alles dies wird „Reichsmonopol“. Alle Professoren und junge Regierungsräte haben jahrzehntelange von Reichsmonopolen gefaselt, als ob diese dem Reiche etwas bringen könnten. Alle zukünftigen Reichsmonopole unter kommunistischer Arbeiterherrschaft werden nichts anderes als einen Riesenverlust bringen, und dieser Verlust kann weder durch Zölle noch durch Steuern gedeckt werden, sondern nur durch Erhöhung des Warenpreises, also durch die Verbraucher, besonders die Bauern. Das bedeutet Fortsetzung der Zwangswirtschaft für Euch, meine lieben deutschen Bauern. Man wird Euch weiterhin das Getreide zum niedrigen Preise abnehmen, desgleichen das Vieh. Dafür gibt man Euch Kohle, Stickstoff, Kalk, Phosphor und den elektrischen Strom zum erhöhten Preise. Mit diesem Preiswucher kann man Euch alles abquetschen, was man will. In einer kommunistischen Wirtschaft ist der städtische Proletarier der Herr und der Bauer der Knecht, so lange wie der Bauer sich diese verkürzte Welt gefallen läßt. Aber denkt nicht, daß Ihr dies jetzt leicht abwenden könnt. Hungerige und müde Pferde vor einer schweren Last können nicht durchgehen, sie sind wehrlos. Laßt Euch nicht einspannen in diese kommunistische Wirtschaft, sie ist Euer Tod.

§ 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Das bedeutet:

Die Hinrichtung findet sofort nach dem Tage der Verkündung statt. Draußen vor der ostpreussischen Grenze steht ein Bolschewistenheer von 150 000 Mann, welches nur darauf wartet, bis die Frühlingssonne die Wege trocken gemacht hat. Dann bricht es in Deutschland ein, vom Hunger getrieben, und findet keinen Widerstand. Das ist der Kommunismus von draußen.

Drittens in Deutschland treiben kindliche Politiker bürgerlichen Standes Gedankenpielei mit sozialen Problemen, reden wie 17jährige Seminaristen aber nicht wie welt-erfahrenen Männer. Sie schaffen den Kommunismus von innen heraus. Das Ende wird sein, daß wir in einem Jahre in Deutschland kein ebnliches Gewerbe mehr haben, welches seinen Namen ernährt, sondern nur eine deutsch-russische Bolschewistenarmee, welche das Volk auffrischt.

Oder kommt uns noch ein Retter, der mit den sittlichen Kräften, die das alte System noch hat, mit Waffen des Geistes und Waffen der Faust eine lebendige Mauer entgegenzusetzen versteht dem Ansturm dieser Mächte des Todes?

Die schwere Gefahr im Osten.

Dem „Dresd. Anz.“ wird gemeldet: Die Lage in Ostpreußen muß, wie wir hören, als äußerst kritisch angesehen werden. Die russische Armee droht in wenigen Wochen in Ostpreußen einzuziehen. Vorläufig hat die russische rote Armee noch genug zu essen in Kurland, auch ist die Witterung einem Einmarsch nach Ostpreußen nicht günstig. Im Frühjahr ist jedoch mit dem Vormarsch russischer Truppen zu rech-

nen. Die deutschen Truppen bestehen aus 10 000 bis 15 000 Freiwilligen. Von diesen sind 10 bis 15 v. H. unzuverlässig. Ein Teil hat sich nur der hohen Löhnung wegen anwerben lassen. Ebensoviele kann man mit dem Grenzschutz rechnen. Verschiedene Soldatenräte Ostpreußens sind spartakistisch gesinnt, namentlich der Soldatenrat in Gumbinnen. Während sich in Königsberg die politische Zentrale der Spartakisten befindet, ist in Gumbinnen die militärische Zentrale zu suchen. Ungefähr 150 russische Bolschewisten hielten sich in Königsberg auf; sie verfügen über ungeheure Bewehrungen. Einem Einmarsch der russischen Truppen würde also wenig im Wege stehen und bald würden die russischen Armeen auf deutschen Eisenbahnen Deutschland überfluten. Seit Wochen stehen alle Fabriken in Ostpreußen still, die Arbeitslosigkeit nimmt zu und die Unabhängigen unterstützen die spartakistische Politik.

Das Verhältnis von Kirche und Staat.

Eine Interpellation in der Nationalversammlung.

Wemar, 11. März. (W. I. B.) Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 und teilt mit, daß die Beerdigung des in Halle getöteten Oberleutnants von Klüber heute nachmittags 3 Uhr daselbst stattfinden. Die Nationalversammlung werde durch eine Abordnung bei der Beerdigung vertreten sein und einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen lassen. Das Haus hört die Worte der Anerkennung und des Dankes für den Ermordeten stehend an.

Nach Erledigung kleiner Anfragen folgt die Interpellation Kraft und Gen. (Deutschnat.) über das Verhältnis von Kirche und Staat.

Als Abg. Mumm (Deutschnat.) das Wort zur Begründung nimmt, erklärt Präsident Fehrenbach, es sei kein Vertreter des Ministeriums des Innern da zur Beantwortung. Es habe daher keinen rechten Sinn, die Interpellation weiter zu verhandeln. Es werde ihm jetzt gesagt, die Antwort sei formuliert und werde verlesen werden. In längerer Geschäftsordnungsdebatte erklärt Kolonialminister Dr. Bell namens der Regierung, daß der Vorwurf einer Rücksichtslosigkeit gegenüber den Interpellanten unangebracht sei. Die Interpellation sei im Kabinett eingehend besprochen worden. Es wird schließlich beschlossen, weiter zu verhandeln.

Abg. Mumm (Deutschnat.) Es ist das Empfinden vieler Volkstreue, daß wir an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes stehen. Den Frieden, den unser Vaterland braucht, gönnen aber ihm die Herren Ebert und Scheidemann nicht. Eine ihrer ersten Taten war, Adolph Hoffmann an die Spitze des preussischen Kultusministeriums zu stellen. Redner erörtert sodann die von dem jetzigen Volksbeauftragten Bueck erlassene Verordnung über das Verhältnis von Kirche und Staat. Bueck habe die Simultanschule durchgeführt, ohne irgendwie für den konfessionellen Religionsunterricht zu sorgen. Ähnlich sei in Hamburg und Braunschweig vorgegangen worden, desgleichen in Mecklenburg. Wie positiv zu verfahren ist, zeigt Württemberg. Meine Partei kämpft für die Erhaltung der christlichen Grundlage in Staat, Familie und Schule.

Reichskolonialminister Dr. Bell: Der Minister des Innern ist in dringenden Reichsangelegenheiten nach Berlin berufen worden und hat leider wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht rechtzeitig erscheinen können. Ich habe im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswezens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen etwaige einzelstaatliche Eingriffe in die Regelung des Religionsunterrichtes Stellung nehmen. Inwieweit in der Reichsverfassung Normativbestimmungen über das Unterrichtswezen aufzunehmen sind, wird bei Beratung der Reichsverfassung zu prüfen sein.

Abg. Schwan (Sog.): Bei der Behandlung dieser Angelegenheit hat sich die ganze Überhebung und Herrschsucht der kirchlichen Kreise gezeigt, denen große Teile des Volkes feindlich gesinnt sind. (Lärm und Widerspruch.) Wir geben aber ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht unklug und vielfach taktlos waren, zum Teil auch undemokratisch, weil sie der Volkserziehung vorariffen. Das einzelstaatliche Eingreifen entsprang aber letzten Endes der langen und schweren Bewußtseinsnot vieler Volkstreue. Wir verlangen volle Gewissensfreiheit. Unser Ideal ist dabei die Verantwortlichkeit im Sinne

Städtische Bekanntmachungen.

Kohlenversorgung. Bismarckswerda: Kohlenarten Nr. 1-300 bei Gnaud.

Predefizial. 1/2 Pfund auf Nr. 677-1425 Donnerstag den 18. März nachm. von 2-4 Uhr bei Tiffe.

Die bis zum 14. Januar auf den allen Bordrücken ausgestellten **Schuldenscheine**, welche bis zum 31. Januar 1919 nicht befreit worden sind, werden nur noch in der Zeit vom 18.-16. März zur Umschreibung im Stadtbauamt angenommen.

Bismarckswerda, am 11. März 1919.
Der Rat der Stadt.

von Bessings Nathan. Eine Übergangszeit ist jedoch notwendig.

Abg. Mausbach (Zentr.) Wir haben ein tiefstes Bild von den Missgriffen einzelner Gläubiger erhalten und wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirche ein Teil des Lehrplanes der Volksschule sei. Das Reich ist allerdings nicht zuständig. Aber eine freundliche Einwirkung wäre notwendig. Adolph Hoffmann würde Deutschland durch seine Erlasse dem vollen Übergang entgegengeführt haben. Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens mahnen uns in der Kirchen- und Schulfrage zu großer Vorsicht.

Abg. Weiß (Demokr.) Die Regierung hat recht, wenn sie sich für unzuständig erklärt. Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne lösen. Wegen der Mängel des Religionsunterrichtes, die ich durchaus nicht bestreite, soll man ihn aber nicht aus der Schule herausnehmen, sondern an seiner Reform arbeiten. Ohne religiöse Kenntnisse und Erlebnisse dürfen wir unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gedanke der Einheitschule würde sehr darunter leiden, wenn die religiöse Privatschule wie Eltern nötigte, ihre Kinder in religiöse Privatschulen zu schicken. Möge ein festes, männliches, freigesinntes aber auch fromm empfindendes Geschlecht errogen werden, welches das Erforschbare erforscht und das Unerforschbare ruhen läßt. (Beifall bei den Demokraten, rechts und im Zentrum.)

Abg. Köhler (Deutschnat.) Die Erklärung der Regierung war für uns in keiner Weise genügend. Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht. Man soll den Religionsunterricht auch nicht den kirchlichen Gesellschaften und nicht dem Hause nehmen. Versuchen Sie nur hineinzudringen in die Tiefen des Volkstums, und Sie werden spüren, daß die Religion für viele Volksteile noch immer das Heiligste und teuerste ist, das anzufassen niemand sich unterfangen sollte. Wenn wir herauskommen wollen aus dem furchtbaren Zustand dieser Zeit, aus dem Blutstumpfe, in dem wir waten, so kann das nur geschehen von innen heraus, durch innere Werte, vor allem durch die Religion. Schön wäre es, wenn in der Reichsverfassung die Sicherungen für Kirche und christliche Schule, für Religion und Christentum niedergelegt werden könnten und wenn die Regierung für diese Fragen ein größeres Interesse und zwar ein wohlwollendes finden könnte.

Abg. Kunkel (D. Sp.) Die Religion darf nicht zu einer Parteiische herabsinken. Sie ist das größte und heiligste Volksgut, das es gibt. Der Religionsunterricht sollte an erster Stelle in der Volksschule stehen. Wir wollen Gewissensfreiheit für den Lehrer und das Kind, sowie Freiheit der Schule von der geistlichen Aufsicht. Ein Entsetzen packt uns alle über die heutige Verrohung. Aber wir haben die Sittlichkeit nicht durch Parlamentsbeschlüsse und Kommandobefehle, sondern nur durch eine religiöse Erziehung.

Ministerpräsident Scheidemann: Wir waren für heute Vormittag auf die Fortsetzung der Sozialisierungsdebatte eingerichtet. Daher kommt es, daß der Minister des Innern nicht zur Stelle war. Wir haben nicht die geringste Absicht gehabt, etwa Obstruktion zu machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Fragen zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören sollen, dann finden Sie meine volle Zustimmung.

Abg. Frau Joch (Unabh.) Die Revolution hat kraft eigenen Rechtes in einzelnen Bundesstaaten die Verweltlichung der Schule durchgeführt. Wir verlangen die Einheitschule, die eine weltliche Arbeitsschule sein soll. Wir stellen der Religion die große herrliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. Wir denken nicht daran, damit irgend einen Gewissenszwang auszuüben oder die Gewissensfreiheit antasten zu wollen. Wollen die Eltern ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außerhalb der Schule geschehen.

Nächste Sitzung Mittwoch nachmittags 2 Uhr. Sozialisierungsgesetz. Kohlenwirtschaftsgesetz.

Die **Abg. Wehlich, Dr. Köhler und Schütz (Bromberg)** richten folgende Anfrage an die Regierung: Nach Mitteilungen des Sachverständigenausschusses der Angehörigen der deutschen Schwarmer-Gruppe und glaubwürdigen anderen Mitteilungen schmachten im Gefängnis in Jelfawetgrad die Offiziere des Landsturm-Infanterieregiments 9, darunter Oberleutnant v. Langenthal, Hauptmann v. Langenthal und Leutnant Bothe. Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt und was gedenkt sie zu deren unverzüglichen Freilassung zu tun?

Die Zusammenkunft in Brüssel.

Berlin, 12. März. (Von unserem Berliner Vertreter.) Von maßgebender Seite wird mir mitgeteilt, daß man in Brüssel, nachdem Deutschland die Annahme der Bedingungen der Entente in Spa abgelehnt hat, ein Entgegenkommen der Entente erwartet. Und zwar glaubt man, daß die Mitteilungen, die der deutschen Kommission als „Entscheidungen der Alliierten“ gemacht werden sollen, eine weitgehendere Zugabe der Alliierten bringen werden. Ob freilich in dem Maße, wie Deutschland es verlangt, ein Austausch der Lebensmittel mit dem deutschen Schiffsraum Tonne gegen Tonne zugestanden werden wird, ist sehr fraglich. Soweit wird sich die Entente nicht gleich erniedrigen. Sie wird vielmehr versuchen, durch geringeres Entgegenkommen ihr Ziel zu erreichen. Wahrscheinlich ist auch, daß sie die Finanzfrage voranstellt und uns nachweist, daß wir die Lebensmittel garnicht zu bezahlen im Stande seien, also Kredit erhalten müßten, was wir nur dann verdienen, wenn wir uns häufig fügen. Da unsere Austauschwerte: Farbstoffe, Kaffee und Kohlen durch den

Streit gänzlich verschwunden sind und nicht sofort in die Wege geworfen werden können, erhält die Entente, wenn sie die Dinge so dreht, wieder die Oberhand. Doch verliert man nicht die Hoffnung, daß Deutschland auch jetzt in Brüssel an seinen Bedingungen so weit wie möglich festhalten wird, wenn wir auch nicht sofort in einen Austausch von Lebensmitteln gegen Kaffee, Kaka und Farbstoffen eintraten können. An maßgebender Stelle hofft man aber, daß eine Zusicherung, daß uns bestimmte Nahrungsmittelmengen geliefert werden, genügen würde. Wir können in knapper Frist die Gegenwerte schaffen, um dann ungehemmt den Austausch vornehmen zu können. Man ist, wie bei allen Verhandlungen, die die Entente angeht, auch diesmal wenig optimistisch geformt und auf Überraschungen gefaßt.

Nachgiebigkeit der Entente?

Stockholm, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) In holländischen politischen Kreisen vertritt man die Auffassung, daß sich in der letzten Zeit eine auffällige Nachgiebigkeit der Entente zeige. Man habe, äußert sich eine angesehenere politische Persönlichkeit einem Vertreter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ gegenüber, den Eindruck, als ob die Entente den Weg suche, der zum Frieden führt, ohne daß sie die Entente mit ihren bisherigen Forderungen dasapouiert. Sie werde, wenn Deutschland standhaft bleibe, soweit nachgeben, als es sich mit ihrer bisherigen Haltung verträgt. Wägen der Einfluß Wilsons und die Nachgiebigkeit Frankreichs spreche hierbei mit, sondern es sei wohl vor allem die beschwerliche Gefahr, die namentlich England erträgt zu haben, die die Entente einen schnellen Frieden nahelegt. Wenn Deutschland Diplomaten besitzt, sagt der Holländer, die die Stunde verstehen, wird Deutschland einen annehmbaren Frieden erhalten.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Stockholm, 12. März. (B. I. S.) Laut Stockholmer Lidningen erklärte der amerikanische Gesandte Morris auf einem Bankett, er habe im Auftrage Howers mit dem schwedischen roten Kreuz über dessen Mitwirkung bei der Verteilung von Lebensmitteln in Deutschland verhandelt, wo es vor allem an Weizen und bedürftige Lebensmittel verleihe. Der ganze Plan sei bis auf einige technische Einzelheiten fertig, über die man sich aber in wenigen Tagen wohl einigen werde. Daraufhin würden die Lebensmittelverteilungen hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten beginnen können.

Posttrennung deutscher Gebiete im Osten.

Paris, 11. März. (Reuter.) B. I. S. Der Friedensrat verhandelte die Frage der deutschen Grenzen. Es besteht Grund zur Annahme, daß der Rat der Forderung Polens, nach Aushändigung von Danzig-Neufahrwasser und des Landstreifens längs des Weichselufers, der die neuen politischen Häfen mit Polen verbindet, stattgeben wird.

Frankreichs Not mit Elsaß-Lothringen.

Jülich, 11. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie dem „Tamps“ zu entnehmen ist, nimmt die Bewegung im besetzten früheren deutschen Reichsland immer größeren Umfang an. Die eine eigene Verwaltung und keine Abhängigkeit von Paris fordert. An der Spitze dieser Bewegung steht die Handelskammer in Reg.

Die Leiden der deutschen Kriegsgefangenen

Berlin, 11. März. (B. I. S.) Den deutschen Behörden sind erschütternde Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Belgien zugegangen. In Kantzen befindet sich ein Lager, in dem die Kriegsgefangenen sich auf einem größtenteils mit diesem Schmutz bedeckten Hofe aufhalten müssen. Mißhandlungen durch die Wachmannschaften sind überaus häufig. In Dirmuiden und Rieuport haufen die Kriegsgefangenen in Löchern zwischen Schutt und Wasser. Sie erhalten nur 150 Gramm Brot, zwei Becher Kaffee und dünne Suppen. Vielesch haben sie weder Stiefel, noch Mäntel und Mützen. Arrest wird in nassen Unterständen verbüßt. Ausreißer werden während der Arresttage täglich an einen Baum gebunden. In Cosshende müssen entflozene Kriegsgefangene die ersten Nächte nach im Arrestlokal verbringen. Bezeichnend für die Bestimmung der belgischen Wachmannschaften ist die Erklärung, höchstens die Hälfte der Gefangenen dürfe die Heimat wiedersehen. Die deutsche Regierung hat bei der belgischen Regierung schärfstens protestiert und Abhilfe gefordert.

Berlin, 11. März. (Priv.-Tel.) Ein aus Paris zurückgekehrter Holländer hat von seiner Reise folgende Eindrücke mitgebracht: Bei der Durchreise durch das vom Kriege verwüstete Gebiet wurden Gruppen von Kriegsgefangenen gesehen, die unter Aufsicht von mit einer Peitsche bewaffneten Franzosen arbeiteten. Es wurde beobachtet, wie diese mit der Peitsche nach links und rechts auf die Gefangenen einschlugen. Auch der amerikanische Pressevertreter, die in demselben Abteil mitreisten, bemächtigte sich bei diesem Anblick große Empörung.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 11. März. (B. I. S.) Die Truppen sind damit beschäftigt, das gestern beschriebene Gebiet zu sichern, von spartakistischen Banden zu säubern und nach Waffen abzufischen. Die Durchsuchungen führen immer wieder zur Freistellung und Fortnahme kleinerer und größerer Waffenlager. Nach den jetzt vorliegenden Meldungen wurden bei der Erstürmung des Volksmarinebausees erbeutet 2 Feldgeschütze, 126 Maschinengewehre, über 4000 Gewehre, mehrere hundert Revolver, außerdem gewaltige Vorräte an Lebensmitteln, Wolldecken und sonstigen unterirdischen Heeresgut.

Berlin, 11. März. (Privattele.) Die Spartakisten räumen seit heute morgen die Lichtenberger Stellung. Sie haben eingesehen, daß sie sich zwischen zwei Feuern befinden und nicht die geringste Aussicht haben, den Kampf mit Erfolg weiter zu führen. Sie haben in den dortigen Baracken Maschinengewehre und Handgranaten liegen lassen, zum Teil auch Gewehre und versuchen jetzt, in westlicher Richtung zu entkommen. Infolgedessen ist an der Oberbaumbrücke eine Sperre eingerichtet worden, an der jeder Passant gründlich untersucht wird. Die Truppen rücken

heute normiert in breiter Front zwischen der Genduberg und Frankfurter Allee vor und werden im Laufe des Tages jedes Haus sorgfältig auf Waffen durchsucht. Gegenwärtig haben bereits mehrere Bataillone in Lichtenberg, die in zahlreichen Häusern gegen Gewehre und Revolver, die von den Flüchtenden fortgeworfen worden sind. Es ist deshalb sehr schwer, Gefangene zu machen, da die Kämpfer von getrennt heute wie flüchtige Bürger umhertreiben und sich aus Lichtenberg entfernen können, ohne daß es möglich ist, jeden einzelnen festzustellen.

Aushebung eines Spartakistenestes.

Berlin, 11. März. (Privattele.) Gestern abend wurde in der Brunnenstraße ein Spartakistenest von Regierungstruppen ausgehoben. Es befanden sich dort etwa 30 Personen, die durch ihren Führer, einen Russen, der im Dezember vorigen Jahres die preussische Staatsbürgerhaft erworben hatte, unterwiesen und bewaffnet worden waren. Jeder erhielt eine Jagdflinte mit Munition. Die Gewehre wurden auseinandergeklappt, um unauffällig transportiert werden zu können. Zwei Spartakisten feuerten bei ihrer Festnahme mit Revolvern auf die Soldaten und wurden erschossen.

Bis jetzt 1200 Spartakisten verhaftet.

Berlin, 12. März. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung des 8 Uhr-Mitteilungsblattes sind bis jetzt gegen 1200 Spartakisten verhaftet und in die Gefängnisse eingeworfen worden. Die meisten von ihnen sind weder jugendliche und unerschütterliche, die sich jetzt als paranoische Personen darstellen und unerschütterlich in die ganz verkehrte Richtung geraten sein wollen.

Neues aus aller Welt.

— **Rein Kabinets der höchsten in München.** B. I. S. meldet: Die heutige Meldung über das Ausbleiben der höchsten entspricht nicht den Tatsachen und ist folgendermaßen zu berichtigen: Die Erzherzogin der Hofschloßabteilung wünschte eine Auszahlung der Löhne am Montag. Da diese aus verschiedenen Gründen unmöglich war, weitererte sie sich weiter zu arbeiten, so daß das Werk selbst sich genötigt sah, die höchsten still zu legen. In der Nacht auf Dienstag arbeitete ein Teil der Arbeiter wieder, so daß der Betrieb heute nachmittag wieder aufgenommen werden konnte.

— **800 000 Mark geraubte Juwelen.** Dienstag mittag wurde in Berlin von Truppen der Gardebataillon-Schützenbataillon am Frankfurter Tor ein bewaffneter Spartakist festgenommen, in dessen Besitz für 800 000 Mark geraubte Juwelen gefunden wurden. Er wurde sofort standrechtlich erschossen.

— **Generalmajor v. Olow-Boeck,** der Kommandeur der Schutztruppen in Ostafrika, der nach russischer Verteidigung unserer Kolonie mit seiner Mannschaft nach Berlin zurückgekehrt ist, gibt seine Kriegstraumung mit Frau Martha geborene Waltrath bekannt.

Aus Sachsen.

Zwickau, 12. März. Gestern früh sind sämtliche Bergarbeiter im Kohlenbrevier Olsch-Lugau in den Streik getreten, im ganzen 14 000 Mann, um auf die Verhandlungen, die zur Zeit mit dem Wirtschaftsminister Schwarz aus Dresden in Zwickau stattfinden, einen Druck auszuüben. Aus unverbürgter Quelle wird den Zwickauer Neuheiten Nachrichten weiter gemeldet, daß mehrere hundert Mann Streikender im Anmarsch auf Zwickau sind, um ihren Forderungen hier Nachdruck zu verleihen.

Planen i. N., 12. März. Die Lage ist jetzt hier als gefährlich anzusehen. Röh und Eisenbahnverkehr sind im vollen Gange. In dem vorwiegend mit Mehrheitssozialisten besetzten Arbeiterrat sind die Unabhängigen als Berater ohne Stimmen zugezogen worden. Auch die Kommunisten haben sich mit der Regelung einverstanden erklärt.

Leipzig, 12. März. Das Leipziger Straßfeld. Der engere Ausschuß des Leipziger A.- und S.-Rates und die Zentralstreikleitung erlassen heute einen Aufruf an die Arbeiter, in dem es heißt, daß die großen Forderungen der Leipziger Arbeiterschaft während des Kampfes proklamiert hat, diesmal nicht erreicht worden seien. Aber sie seien damit nicht gefaselt. Die Räterepublik Deutschland sei das Ziel, zu dem die Arbeiterschaft nach wie vor stehe. — Auch in den Streikversammlungen am Montag wurden vielfach die Erfolge des Streiks als ungenügend und unbefriedigend bezeichnet. Auch wurde die massenhafte Organisation kritisiert. Die bürgerlichen Blätter und die rechtssozialdemokratische Presse erklärt ihn für schamlos zusammengeworchen, denn von den Hauptforderungen, die die Leipziger Gewerkschaften aufgestellt hätten, sei nichts erreicht worden.

Döbeln, 11. März. In ein Geschick der Döbeln-Gesellschaft lief am Montag nachmittag die fünf Jahre alte Tochter des Straßenbahnführers Grundmann. Sie kam vor den Pferden zu Falle. Da der Geschirrführer dieselbe nicht sofort zum Stehen brachte, wollte das Mädchen zwischen Vorder- und Hinterrad des fahrenden Wagens hindurch, wurde jedoch überfahren und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß es starb.

Aus der Oberlausitz.

Bismarckswerda, 12. März. — **Aber die Verwendung der aus Hauschlachtungen abgelieferten Schweinefleisch** wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß das Schweinefleisch nach und nach in die Bursch verarbeitet wird. Damit die Vorräte möglichst lange Zeit ausreichen, darf zufolge einer Anordnung des Wirtschaftsministeriums der Schweinefleisch zur Bursch nicht mehr als 5 Prozent betragen. Daraus ergibt sich, daß durch diesen äußerst geringen Schweinefleischanteil eine Bursch von der Beschaffenheit, wie wir sie zu Friedenszeiten gehabt haben, durchaus nicht hergestellt werden kann und von dem in der Bursch enthaltenen Schweinefleisch nur wenig zu bemerken ist. Den mehrfach ergangenen Anordnungen, Schweinefleisch an die Verbraucher abzugeben, stehen an sich die gesetzlichen Bestimmungen entgegen, daß Schweinefleisch nur in Form von Bursch an die Verbraucher abgegeben werden darf. Nur wenn die Befolgung gesetzlicher Vorschriften, daß die Güte der Ware leiden würde, kann eine Verteilung des Schweinefleisches in Erwägung gezogen werden.

die im
für sie
beachten
wurden
einen
reits „
haben
tet wer
Borsig
ren
mam
mar de
nig an
seiner
Bursch
verfügt
gestalt
weße ge
1 Hamb
Gefängn
Borsig
tragen
mit, daß
einiger
zum 15.
1. April
dieser
beziehen
eigenen
Nach die
Tätigkeit
gesetzliche
Berordnu
1919, die
ritte des
ist versta
ausgefa
wo Solda
den, um
Legitima
steht ein
nisse ein
Dienstbe
gang was
das, wie
in diesen
G
sollte zu
misten G
die beipi
ob, wie
zu dem
Turm die
ten die d
lichen G
Die
Ein kräft
den, wel
wirtschaft
Stellung
in der
Ein
D
zu er
S
Oste
lucht für
A. E.
Obern
Säng.
bei gutem
handlung
geführt.
Ein
für Dieh
sfort ge
in der
Sp
vom Garn
Wagen
Bühnen
Gude für
Auf
11. 1919

...nd wurde
...gung-
...30 Verfo-
...Desemb-
...erworben
...Jeder er-
...wurden
...werden
...Schnahme-
...fen.
...astet.
...Medung
...Spezial-
...wurde
...und
...den
...B. I. B.
...der hoch-
...ermögen
...abteilung
...tag. Da
...weigeren
...sich ge-
...t auf
...werden
...mittag
...qualifizie-
...Spezial-
...A ge-
...stam-
...mandat
...Berlei-
...Berlin
...Wort
...als ge-
...sind in-
...sozial-
...s Bor-
...Kommun-
...stärkt.
...Der
...und die
...die Ar-
...die Beiz-
...hert hat,
...damit
...das Ziel,
...in den
...die Er-
...ben
...kriti-
...emotra-
...brochen,
...Gewalt-
...n.
...trösch-
...here ab-
...n. Ge-
...rer die-
...nen zw-
...s hin-
...innere-

Diebstahl von Sprengpulver. Vorige Woche wurde die im Walde hinter dem Kapellenstein auf Goldbacher stehende Pulverhütte der Firma Huste & Sohn erbrochen und 25 Pfund Sprengpulver gestohlen. Als Täter wurden zwei arbeitslose 18jährige Deutschen ermittelt. Einen Teil des gestohlenen Diebesgutes hatten sie schon bereits „verpulvert“, glücklicherweise ohne Unheil anzurichten. Sieben Pfund konnten dem Eigentümer wieder zurückgeliefert werden.

Schöffengericht am Amtsgericht Bismarckwerda. Vorsitz: Herr Oberamtsrichter Schölze. Schöffen: Herren August und Handlungsrat König, hier, und Kaufmann Hempel, Oberneufkirch u. A. — Wegen Diebstahl war der 18jährige Dienstmacht Max Hörenz aus Glaubitz angeklagt. Der Angeklagte war beschuldigt, während seiner Dienstzeit bei Herrn Gustav Eißner Kunst-Gemalt-Bauwerk dem ebenfalls dort beschäftigten Dienstmacht Hörenz verschiedene Kleidungsstücke gestohlen zu haben. Hörenz gestand, eine graue Hausjacke, 1 Hemdweste und 1 Tuchweste gestohlen zu haben, während er den Diebstahl von 1 Hemd und 1 Hose abstritt. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 6 Tagen.

Das Ende des lebenden Heeres in Sachsen. Wolff's Schaffner Landesdienst schreibt: Die letzten Anträge entgegenkommend, teilen wir hierdurch nochmals mit, daß das Ministerium für Militärwesen bereits vor einiger Zeit verfügt hat, daß die Reste des alten Heeres bis zum 15. März abgebaut, d. h. entlassen werden. Bis zum 1. April wird auch der Jahrgang 1899 entlassen, so daß über diesen Zeitpunkt hinaus nur noch freiwilligen-Formationen bestehen, die als Sicherheitsstruppe und Grenzschutz die ursprünglichen Interessen des Vaterlandes zu wahren haben. Nach die immer wiederkehrenden Anfragen über die fernere Tätigkeit der Soldatenräte können wir auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen genau beantworten. In der Verordnung des Ministeriums für Militärwesen vom 5. 2. 1919, die im Einverständnis mit dem Vertreter der Soldatenräte des XII. und XIX. Armeekorps erlassen worden ist, ist verfügt worden, daß überall da, wo die Formationen aufgelöst werden, sich auch die Soldatenräte auflösen. Da, wo Soldatenräte über den 1. April hinaus in Funktion bleiben, tun sie dies auf eigene Rechnung und Gefahr, ohne Begünstigung und ohne Auftraggeber, denn die Intendantur stellt am 1. April beschlagsmäßig die Zahlung der Gehaltsanteile ein. Wer nach dem 1. April bestimmte militärische Dienststellen zu verwalten hat, bestimmt laut obiger Verfügung vom 5. Februar das Ministerium für Militärwesen, das, wie wir hören, noch besondere Bestimmungen darüber in diesen Tagen erlassen wird.

zu tiefem Ernst. Nachdem der Fahnenzug des Militärvereins und der des Turnvereins vor dem Altar Platz genommen hatten, begann die Feier, die in ihrem musikalischen Teil dank der Darbietungen des Gem. Chores „Ruhe in Frieden, entschlafener Freund“ und „Rach der Heimat“ und der Vorträge von Frä. Hoppe: „Im Leid“ und Frä. Teich: „Beruh mich nicht“ überaus stimmungsvoll und erheben verließ. Tiefe Begeisterung, unterbrochen von einzelnen Schlägen und Weinen, lagerte über der Versammlung, als die lange Reihe der Namen der Gefallenen und Vermissten verlesen wurde. 32 Todesopfer, darunter 4 Brüderpaare, hat unsere Gemeinde für das Vaterland bringen müssen, und von 3 Vermissten ist seit Jahr und Tag keinerlei Kunde eingegangen. Die Predigt gründete sich auf das Wort: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben“. Nicht gelte es sich noch einmal in Schmerz und Leid zu versenken, es gelte aus dem Leben und Sterben dieser Tapferen Mut zu neuem Leben zu gewinnen; nicht verzagen, sondern Treue halten Gott und dem eigenen Volk, auch den 800 000 Kriegsgefangenen. Mit der dringenden Bitte um eine reiche Gabe für unsere Brüder in der Gefangenschaft und mit dem Gebet für Volk und Vaterland und Kirche sang die Predigt aus. Die Bitte ist freudlich erfüllt worden: M. 100,— wurden eingeleigt. Nach dem Gottesdienst fand noch eine kurze Feier an dem Gedächtnis des Militärvereins auf dem Friedhof statt. Der Vorsitzende des Militärvereins, Herr Gärtnermeister Rätzer, legte hier mit militärisch knappen, aber von herrlicher Liebe und Dankbarkeit getragenen Worten für drei gefallene Vereinsmitglieder einen Ehrenkranz nieder. Das dreifache Ehrenfeuer war der letzte Gruß, der dann in dem vom Turn gefassten Lied: „Rosenrot, Rosenrot, leucht mir zum frühen Tod“ seine Verklärung. Die Trauermusik hatte bereitwillig Herr H. Pauffler mit seiner Kapelle übernommen. Nun, wie dem Gem. Chor und den beiden Solistinnen sei auch an dieser Stelle von Herzen gedankt.

1. Demit-Dank. 12. März. Die Steinarbeiter haben durch den Zentralverband ihrer Organisation an die Unternehmer die Forderung gestellt, als Ausgleich für den achtstündigen Arbeitstag 20 % Lohnerhöhung zu zahlen. Diese Forderung soll am 1. März zur Durchführung gelangen. Die Arbeiter wollen aber die Erhöhung auch für den Monat Februar bewilligt haben und haben die Unternehmer durch den Verband erneut darum angegangen.

Neufkirch a. S., 12. März. Wie aus dem Anzeigenenteil ersichtlich, hält die hiesige Ortsgruppe des Gebirgsvereins am Sonntag, den 15. d. M., eine vorbereitende Versammlung ihrer Mitglieder auf dem Oberneufkircher Bahnhof ab. Wegen der Wichtigkeit der Beratung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erforderlich.

Δ Niederkirch, 12. März. In der vorgestrigen Sitzung des neuorganisierten Schulvorstandes wurden die Herren Richter und Rosfeld als ständige Lehrer einstimmig gewählt. Herr Richter hat ja schon vor dem Kriege als Hilfslehrer an unserer Schule gewirkt, während Herr Rosfeld erst nach seiner Entlassung als Vertreter einer ständigen Lehrerstelle hierher kam.

Großschönau, 12. März. Ihren Betrieb eingestellt hat bis auf weiteres wegen Rohstoffmangels die hiesige Gasanstalt.

Legte Depeschen.
Der Angriff gegen Liebenberg.
Berlin, 12. März. (B. I. B.) Bei Durchsuchungen in den besetzten Stadtteilen wurden heute nacht 4 Spacklisten, die bewaffneten Widerstand leisteten, festgenommen und händelndlich erschossen. Bei Aushebung eines Spacklistenhauses in der Gegend östlich des Alexanderplatzes wurden 20 Polen gefangen genommen. Heute früh hat der planmäßige Angriff gegen Liebenberg begonnen.

Bereitstellung eines spacklistischen Anschlags auf Breslau.
Breslau, 12. März. (B. I. B.) Der Dolmar gibt bekannt, daß heute früh die wichtigsten öffentlichen Gebäude Breslaus durch schlesische Truppen auf Befehl des General-Kommandos im Einvernehmen mit dem Zentral-Kommando für Schlesien besetzt wurden. Man hatte einen verbrecherischen Anschlag entdeckt, wonach verächtliche Berliner Spacklisten in Breslau eintriften und die öffentlichen Gebäude besetzen sollten, um dann Breslau der Plünderung preiszugeben. Der Plan war in allen Einzelheiten durchgearbeitet. Durch seine Aufdeckung konnte im letzten Augenblick unabsehbares Unglück von Breslau abgewendet werden.

Ende des Generalkriegs in Oberschlesien.
Görlitz, 12. März. (B. I. B.) Hier tagte gestern abend eine starkbesetzte Versammlung der Arbeiterräte der oberschlesischen Gruben. Der frühere Volksbeauftragte Barth aus Berlin ersuchte die Anwesenden, den Streik abzubrechen, da der Generalkrieg in Mitteleuropa und in Berlin beendet und in Oberschlesien auch als ausichtslos zu betrachten sei. Es wurde beschlossen, morgen früh die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wilson landet morgen in Brest.
New York, 12. März. (Priv.-Tel.) Man erwartet, daß der Dampfer mit Präsident Wilson am 13. dieses in Brest ankommen wird. Wilson fährt sofort nach Paris weiter. Auf drahtlosem Wege wurde ausgemacht, daß am 14. März eine Sitzung der Friedenskonferenz stattfinden soll.

Die Entlaste kommt zur Veranft.
Amsterdam, 12. März. (B. I. B.) Nach einer Meldung aus Paris erklärte Lansing gegenüber Pressevertretern, daß so rasch wie möglich Frieden geschlossen und Schiffe mit Lebensmitteln nach Deutschland geschickt werden sollen, um die Welt vor Anarchie zu bewahren.

Zuschriften aus dem Beseckreis.
Anfrage und Bist.
Wer kann Erklärung über die vor der Schule befindlichen Figuren geben? 1. über die Pferde mit Pfloßfüßen und Eibeschwänzen. Was sollen diese in Deutschland? 2. über den Jungen, der auf dem Peitscher reitet? Was bedeutet das vor einer deutschen Schule?

Hauswache. Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein in der Pfarre. — Freitag, den 14. März, abends 8 Uhr: Kriegsbestunde.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Friedrich Nag, verantwortlicher Schriftleiter: Nag, Hieberau, sämtlich in Bismarckwerda.

Größhartmann, 11. März. Der 1. Passionssonntag sollte zu einer Gedächtnisfeier für alle gefallenen und vermissten Mitglieder unserer Gemeinde gestaltet werden. Schon die beispiellos zahlreiche Beteiligung letzte Zeugnis davon ab, wie dieser Gedanke, erst der Toten, dann der Lebenden zu gedenken, Anklang gefunden hatte. Umfunkt grüßen vom Turm die tapferen Farben Schwarz-Weiß-Rot, und im Gotteshaus stimmte die schwarze Bekleidung des Altars, stimmten die beiden mächtigen dunklen Lannen, und die zwei herrlichen Ehrenkränze mit den deutschen und sächsischen Farben

Ostermädchen
Ein kräftiges christliches Mädchen, welches Lust zur Landwirtschaft hat, wird in gute Stellung gesucht. Zu erf. in der Geschäftsst. bis Bl.

Eine kräftiges Ostermädchen
in Landwirtschaft.
Zu erf. i. d. Gesch. d. Bl.

Christliches, kräftiges Ostermädchen
Sucht für Ostern oder später
L. Heineke, Löpferei,
Oberneufkirch Nr. 159 B.

Jung. Dienstmädchen
bei gutem Lohn u. guter Behandlung sofort nach Dresden gesucht. Frau Edel,
Dinglingerstr. 1.1

Eine Magd
für Vieh- und Landwirtschaft sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle bis Bl.

Eine gelehrte Buchwäckerin
bei hohem Lohn sofort gesucht. Offert. unter „Buch“ an die Geschäftsst. bis Bl.

Schneider
bei hohem Lohn für gute Arbeit sofort gesucht.
Pindner, Altmarkt 13.

Möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension von jung. Herrn zu mieten gesucht. Angeb. unt. D. 3 1 an die Geschäftsst. bis Bl.

Einfaches Mädchen für ein möbl. Zimmer.
Zu erfragen in der Geschäftsst. dieses Blattes.

Fleischerei
zu pachten ev. zu kaufen gesucht. Offert. unt. E. R. 20 in die Geschäftsst. bis Bl. erbeten.

Annahme-Stelle
feiner Herren-Wäsche zum Waschen u. Plätten (wie neu aussehend) als
Oberhemden, Kragen, Manschetten, Servileurs u. s. w.
Lieferzeit 2-3 Wochen.
Zufolge des Stärkemangels eine willkommene Abhilfe.
Ernst Bendix,
Baugner Str. 7.
1000 Stk. gebrauchte Dachziegel und ein alter Wirtschaftswagen sind zu verkaufen in Schmied Nr. 102. b. d. Niedermühle.

Ein großer Posten erstklassiger Obstbäume
ist wieder eingetroffen und emzuehrt
Obstpächter Otto Preusche,
Burlau.

Habe Telephon-Anschluß Nr. 88
erhalten. Bruno Kunath, Mineralwassergeschäft, Pismardstr. 5.
Ein sehr gut erhaltener Zylinder, Klapphut, Größe 55, ist zu verkaufen in Oberpöckel Nr. 126.
Ein starker Eichenstamm u. ein Anabenschulranzen sind zu verkaufen. Dresdner Str. 60 l.

Ein Fuchs,
unter zweien die Wahl, steht zum Verkauf in Durkan Nr. 248 b.
6 Pf. angeschlossene Gänse-Federn sind zu verkaufen in Schmied Nr. 35.

Enten.
Mehrere Paare junge Zuchtenten (gute Beger) zu verkaufen. Zu erf. in der Geschäftsst. bis Bl.

Fleischkarten-Anmeldungen
nimmt entgegen Paul Sachs, Fleischh. Schönbrunn.
Fleisch-Karten
werden angenommen bei R. Hartmann, Großbrebnig.

Gut
in Größe von 100-150 Scheffel in guter Lage, nahe Bahn, bis zum 1. 4. zu kaufen gesucht. Offerten unt. M. B. 1572 an die Geschäftsst. bis Bl.

Verkaufte Wagen,
60 bis 80 Zentner tragend, billig. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes

Sauerkraut
verkauft
H. Bir, Großhändler.
Apparat zur Verhütung der lästigen Folgen des Hottähnen. Alter u. Geschlecht angeben. Ankauf kostenlos durch Merkur-Versand Gmsl. Zwergen, München 115 W. Neureutherstr. 13.

Gasthof Freihufe Nieder-Neukirch.
Donnerstag, den 13. März:
Ball-Musik
im Klosterkeller.
Ergebenst ladet ein
Mag Berthold.

Gebirgsverein Valtenberg u. Umg.
Sonnabend, den 15. März, abends 8 Uhr:
Versammlung Bahnhof Oberneufkirch.
Tagesordnung: Vorschläge zur Wahl eines 1. Vorsitzenden.

Radfahrerverein Saronia Burkau und Umg.
Sonnabend, den 15. März, abends 8 Uhr
Haupt-Versammlung
im Vereinslokal.
Um recht zahlreiche Teilnehmer wird gebeten.
Freisch gefangene Maulwürfe à Stk. 40 Pfg. sowie Maulwurfsjelle à Stk. 50 Pfg. kaufen bis auf weiteres wieder Herrert u. Curt Hauke, Nieder-Puglau Nr. 60.

Spulerin
zum Garnspulen sofort gesucht. Wagner, Strumpffabrikerei, Bahnhofstr. 7, Ring, Spaargasse Suche für sofort zuverlässige Aufwartung.
H. Neumann, Bismarckwerda, Bismarckstraße 18.

Achtung!
Trotz wiederholter Warnung wird aus meiner am Burlauer Wege gelegenen Sandgrube nach wie vor Sand weggeführt. In Zukunft lasse ich nunmehr jede Zuwiderhandlung gegen mein Verbot bestrafen. Ganz besonders mache ich darauf aufmerksam, daß außer mir niemand Genehmigung zur Sandentnahme geben darf.
Obst u. T., am 10. März 1919.
Mag Schumann, Gutsbesitzer.

Scheulenkatarrh u. Verkälben
Vieljährige Erfahrung
DE. PHILIP. WOLFF

Musverkauf!
wegen Aufgabe des Artikels
Spiralfeder-Bereifung
äußert billig.
Reißig, Großhändler.
Telephon Amt Ulyss Nr. 9.

Hund zugekauft.
Oberneufkirch Nr. 64.

Fußball-Club „Germania“
 hält Sonnabend, den 15. März sein
Bereins-Bergnügen
 im Hotel zur Goldenen Sonne ab.
 Musik: Kapellmeister Mübiger.
 Sportfreunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.
 Einlaß 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Erbgericht Frankenthal
 Morgen Donnerstag, den 13. März:
Großer Militär-Ball
 (Kapelle Feldart.-Regt. 12 Dresden)
 mit großen Überraschungen
 Beginn 6 Uhr. Beginn 6 Uhr.
 Dierzu ladet ein Kstl. No. III. Abt. F. A. R. 279.

Gasthof z. Hofgericht Oberneukirch.
 Donnerstag, den 13. März:
 — zur Einzugs-Feier: —
Großes Instrumental-Konzert mit anschließender feiner Ball-Musik,
 gespielt von der gesamten Kapelle des Musikvereins Nr. 50 - Neukirch.
 Einlaß 7/8 Uhr. Anfang punkt 7/8 Uhr.
 Eintritt 60 Pf.
 Um gütigen Zuspruch bittet **Wlwin Scholze.**

Casino junger Landwirte Neustadt und Umg.
 Sonnabend, den 15. März, nachm. 3 Uhr:
Stiftungs-Ball,
 wozu die geehrten Mitglieder mit ihren Damen und Gästen herzlich eingeladen werden.
 Vorangehend findet von 2 Uhr eine Versammlung sämtlicher Mitglieder statt und ist das Erscheinen verpflichtend und dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Sächsischer Bauernbund
 (Bund der Landwirte.: Geschäftsst. Freiberg).
 Donnerstag, den 13. März, abends 7/8 Uhr
in Beyer's Gasthof in Demitz-Thumitz: Versammlung.
 Wahl eines Landbürgerrats für Demitz-Thumitz und Birkenrode.
 Alle Landwirte und Landwirtinnen von Demitz-Thumitz und Birkenrode werden dringend gebeten, zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Bundesdelegierte. v. Breje.

Laden in bester Geschäftslage
 auch mit Ladeneinrichtung, baldigst zu mieten gesucht, mit einem, oder mehreren Schaufenstern. Es kommen nur Läden in Betracht, die sich wirklich in den Hauptstraßen der Stadt befinden. Treten auch in längeren Mietvertrag ein und übernehmen evtl. Warenvorräte. Gest. Angebote über Größe der Schaufenster und Höhe des Ladens an **Germania Handel & Co., Dresden-N., Rosenstr. 104.**

F.F. Sonnabend d. 15. März, abends 6 Uhr
 im kleinen Saale des Schützenhauses:
Fastnachtskränzchen,
 wozu alle aktiven und passiven Kameraden herzlich eingeladen werden.
Das Kommando
 d. Herrn. Reißbach z. Zt. Hauptmann.
 Sonntag, den 16. März, vorm. 1/11 Uhr **Uebung.**

Richard
Bischofsky-Brandis,
 der bekannte Humorist und Typendarsteller wurde nach **Hamburg** für folgende Monate verpflichtet:
 Januar: „Variete Lange,“
 Februar: „Kabarett Roland,“
 März: „Kaffee Wettin,“
 April: „Variete Bürgergarten,“
Danzig.

Bankverein Bischofswerda Aktiengesellschaft in Bischofswerda,
 Bahnhofstrasse 21. Fernsprecher 39.
 Zweigstellen:
Stolpen i. Sa. und Oberneukirch
 Markt 37, Fernsprecher 78.
 Die Einlösung der per **1. April 1919** fälligen Zinsscheine erfolgt an unseren Kassen kostenfrei bez. zu höchsten Tageskursen bereits vom **15. dies. Monats** ab. Ausführung aller bankgeschäftlichen Aufträge sorgfältigst und schnellstens.

Zigarren-, Papierwaren-,
 oder ähnl. Geschäft zu kaufen oder zu kaufen gesucht. Gr. Vertretungen dieser Branchen. Oberlausitz (Land) bevorzugt. Beste Angebote unter 25 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
 Von heute ab stelle ich einen Transport von **erklässigen, jungen Arbeits-Pferden** (Belgier) zu soliden Preisen im **Satteln „Der Sonne“** in Ramens zum Verkauf.
Robert Bennwitz, Gomersdorf.
 Telefon 315

Umselschänke
 Donnerstag, den 13. März, von 6 Uhr an:
Feine Tanz-Musik.
 Musik: Kapelle Mübiger.
ff. Speisen und Getränke.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet **R. Richter.**

Kaufe Ziegen
 alle Sorten, sowie Kleinkal zum höchsten Tagespreis.
Paul Schreiber, Schmitten 58c.
 Kleintierhandlung.
 Wohlkarte genügt.

Brenn-Holz,
Kiel-, licht-, und lann. Scheitholz:
 schön und trocken, trifft ein. Bestellungen bitte baldigst zu machen.
Wilhelm Caspar, Grossharthau.

6-8000 Mk. Wohnung
 in **Niederneukirch** wird **am 1. Juli** gesucht, bestehend aus **Stube, Kammer u. Küche.** **Angebote unter 88** an die Geschäftsstelle dieses Blattes. **Selbstst. bis 31. erbeten.**
 Anlässlich unserer Vermählung sagen wir allen Verwandten und Bekannten für die wertvollen Geschenke und Ehrungen unseren **herzlichsten Dank.**
Martin Mager und Frau Frieda geb. Franzel
 Tröbigau, am 8. März 1919.

Herzlicher Dank.
 Anlässlich der Gedächtnisfeier unseres lieben unvergesslichen Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels
Paul Erwin Hartmann,
 Soldat im **Res.-Inf.-Reg. 341, 12. Komp.,**
 Inhaber des **R. K. II. Kl.,**
 der als dritter unserer Familie dem schmerzhaften Krieg zum Opfer fiel, sind uns so viele Beweise wohlwollender Teilnahme entgegengebracht worden. Wir sagen hierfür allen unseren **herzlichsten Dank.**
 Insbesondere danken wir **Herrn Pfarrer Schminck** für seine Tröstungen aus Gottes Wort, dem **Militärverein, dem Gesangverein, dem Turnverein** für die Ehrungen, dem **Männerchor** mit seinem Leiter **Herrn Kantor Näther** für den Trauergesang, der **lieben Jugend,** auch noch für den schönen Nachruf in den Blättern, sowie allen Verwandten und Bekannten.
 In tiefstem Schmerz **die trauernde Mutter und Geschwister** nebst allen Angehörigen.
Rammenau, am 11. März 1919.
 Zum dritten Male ging an unsere Pforte **Der Würger Krieg** mit seiner ratten Hand Und fordert mit gebieterischem Worte **Den Dritten** auch von uns als **Unterpand.**
 Zwei gefallen, einer vermisst, waren nicht genug der **Trauen.**
 Die wir um die ersten schon geweint, **Umsonst** war unser **Wiedersehensehnen,** **Der Krieg** hat alle nun im **Tod vereint.**
 Nun kamst auch Du aus diesem **Völkermorden** In Deine Heimat nimmermehr zurück, Und unser Kreis, er ist so klein geworden, **Umsonst** schaut aus nach Dir der **bange Blick.**
 Nun schlafst auch Du in kühler fremder Erde, **Dein Grab** ist fern, **groß** unser **Schmerz,** **Wir werden** Dich, der auch zurück nicht **kehrte,** **Vergessen** nie. „Schlaf wohl, **Hab Dank,** Du **guter Herr.**“

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nachstehend wird unter die Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 4. März 1919 über den Verkehr mit Saat- und Steckwurzeln bekanntgemacht.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

Bekanntmachung über den Verkehr mit Saat- und Steckwurzeln zu Saatweiden und deren Höchstpreise.

Die Bekanntmachung über den Verkehr mit Saat- und Steckwurzeln zu Saatweiden und deren Höchstpreise vom 28. November 1918 wird aufgehoben.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Auf Grund der Bekanntmachung über Auskunftspllicht vom 12. Juli 1917 (RStBl. S. 604) wird hiermit eine außerordentliche Nachprüfung der Viehzählungsergebnisse für Rinder und Schafweide vom 1. März 1919 für den 20. März 1919 angeordnet.

Die Herrin von Rehbach.

Roman von H. Courths-Mahler. 19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Und der Tod des Herrn von Rehbach ist dann sehr plötzlich eingetreten? fragte Tante Jettchen.

stand zu erteilen, sowie ihnen das Betreten und die Besichtigung der Räume zu gestatten.

Wer den Beauftragten des Kommunalverbandes die geforderte Auskunft nicht erteilt oder, wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder das Betreten seiner Räume verweigert, wird nach § 5 der Bekanntmachung über Auskunftspllicht vom 12. Juli 1917 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Dresden, am 7. März 1919. Wirtschaftsministerium.

Wir machen hiermit erneut darauf aufmerksam, daß auf Grund der Stromlieferungsbedingungen Veränderungen und Erweiterungen bestehender elektrischer Licht- und Kraftanlagen, sowie Herstellung neuer Anlagen, die von dem städtischen Elektrizitätswerk Baugem mit Strom versorgt werden, nur ausgeführt werden dürfen von hierzu zugelassenen Installateuren.

Die zurzeit vom Stadtrat zugelassenen Installateure sind folgende:

- Börstel, Paul, Installateur, Drehsa, Amtshauptmannschaft Baugem.
Berthold, Bruno, Schlossermeister, Burtau/Sa.
Böhme, Ida, verm., Pankwitz/Sa.

- Pöge, Hermann, Elektrizitätsaktiengesellschaft, Dresden, Lüttichaustraße 33.
Reh, W. A., Ingenieurbüro, Baugem, Tuchmacherstr. 10.
Sachse, Artur, Baugem, Seminarstraße.

Auf der Staatsstraße Bischofswerda-Neustadt sollen am 15. März 1919, von vorm. 10 Uhr ab, eine Anzahl Eichen, Linden und Hornbäume und mehrere Haufen Brennholz und Stöße verkauft werden.

Neugestaltung der sächsischen Kreis- und Bezirksverwaltungen.

Dresden, 11. März (B. S. L.) Die sächsische Volkstammer verhandelte heute über drei die Gemeindeverfassung betreffende sozialdemokratische Anträge.

Abg. Scherffig (Soz.) begründete hierauf den Antrag, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfes zu eruchen, durch den eine Neugestaltung der Kreis- und Bezirksverwaltungen und Vertretungen auf demokratischer Grundlage baldigst herbeigeführt wird.

„Ich möchte nicht, wer Sie daran hindern sollte, meine jungen Herrschaften.“ „Also, vorwärts, Bäschen!“ rief Lothar bittend, indem er sich erhob.

Trotz Kohlennot

sind für Siedlungen Ambi-Baustoffe vorhanden. Ausserdem kann jedes Dach sofort eingedeckt bzw. in Stand gesetzt werden.

Ambi Abt. II B. S. Charlottenburg 9 Arthur Müller Bauten und Industriewerke Goldene Medaille und Staatspreis 1919 vom Reichverband für sparsame Bauweise.

bestehende und -Abgaben, sowie deren Zahl, 2) Die Zusammenfassung der Ratskollegien und die Wahl ihrer Mitglieder im Sinne der Sicherstellung der demokratischen Verwaltung neu geregelt wird. Das Bürgerrecht entspricht nicht mehr der gegenwärtigen Zeit. Das Bestätigungsrecht der Regierung müsse beseitigt und die auf Lebenszeit gewählten Bürgermeister und Gemeindevorstände neugewählt werden.

Abg. Müller-Beipzig (Unabh.) begründete den Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, ein Notgesetz vorzulegen, das die Verwaltung der Gemeinden entsprechend den durch die Revolution gestellten Verhältnissen umgestaltet und alle dem entgegenstehenden Bestimmungen der alten Städte- und Gemeindeordnungen aufhebt. Die Antragsteller verlangen u. a. die Befestigung des Bestätigungsrechtes, Befestigung der Wahl auf Lebenszeit, Befestigung des Zweikammerystems in Städten mit veränderter Städteordnung, Zulassung der Immunität für die Gemeindevorstände, Entschädigung für diese, Befestigung des Gemeindebestimmungsrechtes und Befestigung des Stimmrechtes der Bürgermeister und Gemeindevorstände.

Ministerialdirektor Dr. Schatz: Die Neuordnung des gesamten Gemeindeverwaltungswezens sei unbedingt notwendig, doch könne sie nicht von heute auf morgen erfolgen. Experimente seien unzulässig. Die Regierung stehe einer Ausdehnung der Selbstverwaltung der Gemeinden sympathisch gegenüber. Die Gemeinden dürften aber nicht zu kleinen selbständigen Republiken werden. Die Staatsaufsicht werde nicht mehr gestattet werden. In dem Bestätigungsrechte müsse aber die Regierung die Möglichkeit haben, untaugliche Personen von den Ämtern auszuschließen. Die Frage des sogenannten Zweikammerystems erhebe sich nicht dringlich. Über die Befestigung der Ratskollegien und der Gemeindebestimmten in ihrer jetzigen Bestaltung lasse sich reden. Der Forderung der Immunität der Gemeindevorstände könne die Regierung nicht zustimmen, weil das eine Angelegenheit der Reichsgesetzgebung sei. Der Redner kündigte sodann einige Gesetzentwürfe an, die den Bürgern nach einer demokratischen Ausgestaltung der Selbstverwaltungskörper entgegenkommen. Besonders ein neues Wahlrecht für die Bezirksversammlungen und Bezirksausschüsse. Ein zu starker Wechsel im Personal könnte aber in der Gegenwart ein gefährliches Experiment sein.

Abg. Blüher (Deutsche Vp.): Ein starker Personalwechsel lasse sich allerdings nicht ohne große Schwierigkeiten vollziehen, ohne daß das Gesamtwohl darunter leide. Ein Notgesetz, wie die Unabhängigen es forderten, lehnten seine Partei ab. Er sei gegen die Befestigung des sogenannten Zweikammerystems in der Gemeindeverwaltung. Hier vertreten der Rat die Regierung und das Stadtverordnetenkollegium die Kammer.

Abg. Kofh (Demotr.) Das staatliche Bestätigungsrecht könne beseitigt werden. Eine Menge Punkte sei in den Anträgen enthalten, die wohl im Sinne der Antragsteller erledigt werden könnten.

Abg. Dr. Bestler (Deutschnat. Volksp.): Die innere Verwaltung sei sehr reformbedürftig, insbesondere die Kreis- und Bezirksverwaltung. Der Bezirksrat habe kein richtiges Leben gewonnen. Das Recht der Selbstverwaltung sei auf dem Grunde tot geblieben. Die bürokratische Verwaltung des Amtshauptmanns habe das Leben des Bezirksverbandes und der Bezirksausschüsse nicht rege werden lassen. Der Antrag der Unabhängigen auf ein Notgesetz sei jedoch abzulehnen. Ohne das Bestätigungsrecht der Regierung würden die Gemeinden Staaten im Staat bilden. Die Reform sei sorgfältig vorzubereiten. Wir hätten dringendere Aufgaben.

Abg. Eggert (Soz.): Eine gewisse Staatsaufsicht sei notwendig, sie dürfe aber nicht zur Bevormundung werden. Die Neuwahlen für die Stadträte und Gemeindebestimmten sollen sobald wie möglich erfolgen. Er beantrage, den sozialdemokratischen Antrag betr. Zusammenfassung der Gemeindevertretung und Ratskollegien sofort in Schlußberatung zu nehmen, die beiden anderen Anträge dem Befehlgebungsamt zu überweisen.

Minister des Innern Dr. Grobner: Die Regierung beabsichtige nicht, die Neuwahlen um ein Jahr hinauszuschieben. Sie wolle den Gemeinden nur die Möglichkeit lassen, die Wahlen jetzt nicht unbedingt durchführen zu müssen, wenn bis zum 1. Januar 1920 geschehe.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Demhardt (Unabh.), Ripinski (Unabh.) und des Ministers Grobner wurde der Antrag Eggert angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 1 Uhr. Antrag und Interpellationen betr. die Weiden- und Dyckchenfrage. Schluß nach 6 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

* Ein Mord- und Aufruhr-Prozess mit nicht weniger als elf Angeklagten beschäftigte das Kriegsgericht der 23. Infanterie-Division. In der Dycker Ulanen-Kaserne bestand Ende Januar eine scharfe Differenz zwischen den unabhängigen Soldatenräten und den Offizieren des Regiments. Am 31. Januar wurde vom Ministerium für Kriegswesen der Major von Arnim mit der Führung des Regiments betraut und der Rittmeister Freiherr von Haugl als Chef der 3. Eskadron ernannt. Als diese durch Regimentsbefehl erfolgten Ernennungen bekannt wurden, bemächtigte sich der Soldaten- und Unteroffiziere eine starke Erregung. Als Rittmeister von Haugl erschien, trat ihm der Sergeant Wolkmann in Gegenwart des Sergeanten Gerlach und eines dritten Soldaten auf dem Kasernenhof entgegen und erklärte ihm kurz und bündig, daß er sobald wie möglich Dycker verlassen sollte. Zwei Tage später begab sich unter Wolkmanns Kommando eine Schar von 12 bis 20 Mann ins Kasino, wo die Offiziere gerade eine Besprechung abhielten. Der Sergeant drang mit einer Anzahl der Leute in das Zimmer ein und rief den Offizieren unter denen sich auch der neuernannte Kommandeur Major von Arnim befand zu: „Offiziere raus! Wir dusden keine

Offiziere mehr! Sie haben die Kaserne sofort und Dycker innerhalb 24 Stunden zu verlassen!“ Darauf verließen die Offiziere die Kaserne und später auch Dycker. Wegen Teilnahme an dieser von der Anklagevertretung als Mord- und Aufruhr aufgefaßten Demonstration standen die Ulanen Oskar Sachs aus Köhlich bei Blauen, Georg Bortna aus Forst, Felix Reischmar aus Pirna, Alfred Reyer aus Ramenz, Arthur Weder aus Dierwalde, Alfred Grünert aus Gohlitz bei Chemnitz, Karl Jettich aus Reisdorf bei Bautzen, Bruno Brendel aus Vangennudorf, Paul Weyer aus Lomnich bei Dycker und Walter Ehradt aus Nordhausen unter Anklage. Der Hauptangeklagte Wolkmann behauptete, daß er lediglich aus Pflichtgefühl und zur Vermeidung von Gewalttätigkeiten gehandelt habe. Über die Frage, woher die Teilnahme eines Falles von Czergieren bei 38 Grad Rüsse nichts Positives vorgebracht werden. Es hat sich auch hier, wie so oft, lediglich um Gerüchte gehandelt. Der Vertreter der Anklage beantragte für den Hauptangeklagten Wolkmann wegen der Achtungsverletzung sechs Wochen mittleren Arrest und wegen der Morderei und des Aufruhrs fünf Jahre Zuchthaus, und gegen die anderen Angeklagten wegen der Teilnahme je zwei Jahre Gefängnis. Der Verteidiger bestritt das subjektive Gefühl der Angeklagten und bat um Freisprechung. Nach längerer Beratung folgte das Gericht diesem Antrage und sprach die Angeklagten sämtlich frei. Alle Voraussetzungen des Aufruhrs lagen zwar vor, aber die Angeklagten hätten sich wegen der politischen Verhältnisse zu ihrem Vorgehen berechtigt geglaubt. Die subjektiven Merkmale der strafbaren Handlung seien deshalb nicht gegeben.

* Militärgericht. Ein nettes Fräulein ist der in Kleindrebitz geborene Schilke Paul Rasche. Im September v. J. entfernte er sich eigenmächtig von seiner Truppe und begab sich nach Verübung einiger Diebstähle in Gemeinschaft mit einem anderen Fahnenflüchtigen nach Kleindrebitz. Hier, während der Kamerad Wapke stand, in die Wohnung seiner Eltern ein und entwendete die Ersparnisse seines Vaters und die seiner Schwester in Höhe von 300 Mark. Außerdem hieß er noch ein Paar Hosen und ein Paar Stiefel mitgehen. Am 3. Oktober tauchten die beiden in Berlin auf und räumten hier bei ihrem Logiswirt den ganzen Kleider- und Wäschehaufen aus. Ein ganzer Posten Kleidungs- und Wäscheartikel fiel ihnen in die Hände, wie: Mantel, Anzug, Zoppe, Hose, Weste, weiße Herren- und Damendamen, bunte Herrenmäntel, Radbezüge usw. Die Beute verkleiderten die beiden für insgesamt 305 M. Das Verfahren wegen der unerlaubten Entwendung und wegen des einfachen Diebstahls muß als unter die Amnestie fallend eingestuft werden; wegen der anderen schweren Diebstähle erhält Rasche 5 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden.

la Rotklee,
selbstfrei,
alle
Garten sämereien,
Stetzweibeln,
beste Ware,
empfiehlt,
Reißig, Großhändler.
Telephon: Amt Ulyß 9.

Kaufe ständig
Ziegen 
jeder Rasse, sowie
Kaninchen
und sämtl. Kleintiere
zu höchsten Tagespreisen.
Johannes Gsurth,
Kleintierhdlg.,
Oberpuckau Nr. 26.

+ Spülapparate
Spülkannen, Schläuche,
Unterlagen, Leibbinden,
Vorfallbinden, sanitäre
Gummiwaren.
Aufträge erbeten. Damen-
bedien. durch meine Frau.
E. Seifinger, Dresden 101,
Am See 37, nahe Hauptbahnhof.

Benzi-
Ripp-
Dämpfer
Max Knauth,
Rischowsberda 1. G.,
Lebn. Mühlentzsch,
Berlitz 128. Am Mühlentzsch 1.
Vertreter des Alto-Zustellungs.

Preisauflage!

I. Hauptpreis: Eine Sommerreise = Mark 600,— bar

1 goldene Uhr = M 100,— | 1 Photogr. Apparat = M 40,— | 1 Fruchtschale
1 Teppich = M 70,— | 1 Armbanduhrl. = M 70,— | 1 Standuhr
1 Gitarre | 1 Opernglas.

An die Lösser dieser Preisauflage gelangen obige Preise gratis zur Verteilung. Sie verpflichten sich zu nichts. Der Termin der Verteilung wird bekannt gegeben, Antwort in 4 Wochen erteilt und wann der Preis zum Abholen zur Verfügung steht. Die Lösung muss in einem verschlossenen, frankierten Briefumschlag, mit Angabe Ihrer genauen, deutlich geschriebenen Adresse zugesandt werden. Für jede weitere gewünschte Auskunft ist für Porto, Drucksachen, Schreibzettel usw. der Lösung Rückporto beizufügen. Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, dass wir in unserm neuen Prospekt bekannt geben, wer beim letzten Preisanschreiben die Preise erhalten hat, so dass sich jeder von der Beilichkeit unseres Unternehmens überzeugen kann. Schreiben Sie noch heute an

Dieterichs Verlag „Brunsviga“ Braunschweig E. Nr. 718.
Mitteilungen an die Schriftleitung dieser Zeitung sind zwecklos und bleiben unberücksichtigt.

Altpapier,
Zeitungen, Bücher, Zeitschriften,
Kontobücher, Akten, Geschäfts-
papiere,
(unter Nachweis der Vernichtung), **kauft zu höchsten**
Marktpreisen in unserem Auftrag
Bert hold Eisenbeiß & Sohn, Visehofswerda
am Güterbahnhof, Fernsprecher 75,
u. nimmt für größ. Posten Bestellungen z. Abholung u.
Neben-Annahmestellen:
Rag Paul in Burkau,
B. Hare in Großhartha.
Papierverwertungs-Gesellschaft m. b. H., Dresden.
Rohstoff-Einkaufsgesellschaft sächs. Papierfabriken.
Mitglied des Kriegs-Ausschusses für Sammel- und
Selbstdienst, Berlin.

Uhren-Reparatur-Werkstatt.
Alle Reparaturen an Taschenuhren, Regulatoren,
Wand- und Wanduhren, werden gut u. prompt
ausgeführt.
H. Hartnack, Uhrmacher,
Bischowsberda, Gr. Döplers 1. 1 Tr. Ecke Altmarkt

Familienbilder,
Vergrößerungen,
Photographien,
Prima Postkarten
liefert
Julius Grunewald, Oberneufirch.

An- und Verkauf von
Wertpapieren.
Jepet-Verwahrung u.
Verwaltung.
Vermietbare Stahl-
schrankfächer

Bankverein
Bischowsberda
Aktiengesellschaft
Bahnhofstr. 21. Fernspr. 39.
Zweigstellen in Stolpen u. Oberneufirch.

Verzinsung von Bar-
einlagen
bei täglicher Verfügung
oder m. Kündigungsnfris

Kontokorrent- und
Scheckverkehr.

Obstbäume!
Erstklassige starke Ware.
Große Por-
tate in
für Straßen- u. Gartenpflanzung, sowie alle anderen
Baumschulartikel empfiehlt
Emil Sperling,
Baumschulen „Eck Seil“,
Post Radelwitz, Fernspr. 37.

Rasse-
geflügel
a 18
Hühner, Tauben, Gänse,
Enten, Truten, Legehühner
auch Kaffekaninehen, sowie
Milchziegen
aller Gattungen **kauft**
ständig zum höchsten
Preise
W. Hütter,
Dresden.
Nordbergstr. 34.
NB. Aufkäufer und Vermittler
allerorts gesucht.

Franz Rediess
Idealsauger
gefällig geschätzt
sind die besten aller erziele-
renden elastischen Sauger, im
Gebrauch fast aller Säuglinge-
heime Deutschlands, absolut
geruchlos, 6 Monate Halt-
barkheitsgarantie, 12 Std.
Nr. 15.85, Schmäler Nr.
7.20 das Dgd., frtk. Nach-
nahme solange Vorrat, auch
paarweise.
Franz Rediess,
Dresden A 1 - C 2.
Polierstraße 17.